



Februar 2021, zweite Ausgabe

**Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,**

**da bei der großen Zahl von Stadtverordneten eine Ratssitzung unter Wahrung der gebotenen Abstandsregeln nicht im Ratssaal durchgeführt werden kann, haben bereits mehrere Ratssitzungen im Brückenforum Beuel stattgefunden.**

**Da generell eine Veranstaltung in der Größenordnung aller Ratsmitglieder eine in diesen Zeiten problematische Größe aufweist, hat der Rat seine Kompetenzen an den Hauptausschuss delegiert, der dann für den Rat tagt. Das ist bei vielen Tagesordnungspunkten möglich. Aber zum Beispiel nicht bei Personalentscheidungen. Deshalb musste am 21. Januar zwingend der Rat in seiner eigentlichen Besetzung tagen, da es hier um die personellen Besetzungen der Ausschüsse ging.**

**Am 04. Februar tagte dann aber der Hauptausschuss als Rat. Über einige Themen und Tagesordnungspunkte informiert Sie dieser Rathausbrief.**

**Ihr Werner Hümmrich,  
Fraktionsvorsitzender**

## **FDP stimmt Erhöhung der Taxipreise nicht zu**

Seit einigen Jahren sind die Erhöhungen der Taxipreise in Bonn an die Erhöhung der Nahverkehrspreise im VRS gekoppelt. Die FDP hat die Koppelung, die zu sehr regelmäßigen Taxipreiserhöhungen geführt hat, schon immer kritisch gesehen. Auch die Taxipreiserhöhung, die aktuell auf der Tagesordnung stand, wollte die FDP nicht mitmachen. Da man die Nöte der Taxifahrer unter den Corona-Bedingungen sah, hat sich die FDP enthalten. Es bleibt aber bei der kritischen Haltung. Hümmrich: „Taxifahren muss erschwinglich bleiben. Auch die Taxis sind Bestandteil des Nahverkehrs.“

## **Verwaltung wird auf Anregung der FDP Aushändigung von Netzkarten an Mandatsträger prüfen**

Um eine notwendige Anpassung an landesrechtliche Vorgaben vorzunehmen, stand eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung der Bundesstadt Bonn auf der Tagesordnung. Im Rahmen der Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt hat Fraktionsvorsitzender Werner Hümmrich in der Sitzung mündlich beantragt, dass den Mandatsträgern im Rahmen des Fahrtkostenersatzes statt der Bereitstellung von Einzelfahrscheinen für den Nahverkehr, zukünftig Netzkarten für den Nahverkehr des Stadtgebietes ausgehändigt werden können. Quasi ein städtisches Jobticket. Dies lässt die Entschädigungsverordnung des Landes zu. Dieser Vorschlag soll dazu dienen, dass die Mandatsträger als Vorbild den Nahverkehr verstärkt nutzen. Zum ändern soll es die Attraktivität des Ehrenamtes stärken. Der Hauptausschuss hat beschlossen, dass die Verwaltung das Verfahren prüft, die Kosten ermittelt und zur nächsten Ratssitzung eine entsprechende Vorlage entwirft. Die anderen Fraktionen fanden den FDP-Vorstoß durchaus begrüßenswert.

## **FDP-Änderungsantrag zu Erbbaurechten und Erbbauzinsen**

Auf der Tagesordnung befand sich eine Vorlage „Regelungen zu Erbbaurechten und Erbbauzinsen“, die ganz im Sinne der neuen linken Ratsmehrheit war: Im Wesentlichen sollen städtische Baugrundstücke zukünftig nur noch als Erbbaurecht vergeben werden. Die FDP wollte mit einem Änderungsantrag die Auswirkungen zumindest etwas abmildern. Nach diesem Änderungsantrag sollte die Regelung nur bei derartigen Grundstücken greifen, die aufgrund ihrer Lage oder Größe eine besondere Bedeutung für die städtebauliche Entwicklung der Bundesstadt Bonn besitzen.“ Die pauschale Vorgabe, selbst in dezentralen Lagen keine städtischen Grundstücke etwa zur Errichtung von Wohnbebauung mehr zu verkaufen, erschwert nach Ansicht der FDP-Fraktion die Schaffung von Wohneigentum. Dadurch werden etwa Familien gezwungen, außerhalb der Stadt zu bauen und dann nach Bonn einzupendeln. Daher macht die Beschlussvorlage in ihrer Pauschalität auch aus verkehrs- und umweltpolitische Sicht keinen Sinn.

Der FDP-Änderungsantrag wurde mit den Stimmen der linken Ratsmehrheit abgelehnt.

## **Bürgerbegehren Radentscheid**

Dem Bürgerbegehren Radentscheid ist mit einer Mehrheit gegen die Stimmen der FDP entsprochen worden. Auch wenn die FDP Verbesserungen für den Radverkehr in Bonn selbst für notwendig erachtet, bestehen die im Bürgerbegehren enthaltenen Einzelaspekte in vielen Punkten aus ideologiegetränktem Aktionismus mit unübersehbaren finanziellen Risiken. Die von der Oberbürgermeisterin - die sich inhaltlich für das Bürgerbegehren ausgesprochen hat - getätigte Äußerung, dass die für die Umsetzung des Bürgerbegehrens geschätzt notwendigen 63,5 Mio. Euro eine finanzielle Herausforderung seien, ist eine starke Untertreibung und ein bewusstes Herunterspielen der finanziellen Unwägbarkeiten.

## **Hümmrich begrüßt die Ansiedlung der Zoll-Ausbildungsstätte in Bonn**

Zur Ansiedlung der Zoll-Ausbildungsstätte in Bonn erklärte Fraktionsvorsitzender Werner Hümmrich: „Die Nachricht hat zwei positive Aspekte für Bonn: Zum einen stärkt es die Bundesstadt Bonn. Zum anderen gibt es nun für die Zukunft eine adäquate Nutzung für das Gelände der ehemaligen Diplomatenschule auf dem Venusberg. In den vergangenen Jahren gab es eine Vielzahl von Vorschlägen und Ideen für die Nutzung dieser Liegenschaft; die nun gefundene Zukunftsnutzung ist in höchstem Maße zufriedenstellend.“

## **Hartnäckigkeit der Bonner FDP in Sachen Rheinuferneugestaltung führt zu Fortschritten**

Die FDP-Fraktion hat in den vergangenen Jahren immer wieder das Thema Neugestaltung des Bonner Rheinufers aufgegriffen und auf Fortschritte bei diesem Thema gedrungen. Insofern ist beim Fraktionsvorsitzenden Werner Hümmrich die Freude groß, dass jetzt anscheinend Bewegung in die Sache kommt. Hümmrich: „Offensichtlich nimmt das Thema Rheinufergestaltung jetzt Fahrt auf. Das ist gut so und hoffentlich für die beantragten Fördermittel nicht zu spät. Sonst gibt es am Ende nur lange Gesichter. Die Bemühungen sind in der Vergangenheit nur zu oft gescheitert. Ich freue mich, dass es neben einer architektonischen Gestaltung auch parallel eine Belebungsplanung mit Sport- und Kulturangeboten geben soll. Eine attraktive Planung wäre ein wichtiger Impuls für die Zukunft unserer Stadt. Der Rhein ist Bonns Lebensader und unser großes Potenzial.“